

## **Nachhaltige Entwicklung: Ein Schlüsselkonzept weltgesellschaftlicher Bildung?**

**Ulrich Brand**

In: Jahrbuch für Pädagogik 2004

Der Begriff der Nachhaltigkeit bzw. nachhaltigen Entwicklung sollte in den 90er Jahren die Veränderung von eingefahrenen Denk- und Handlungsmustern orientieren. Die Doppelkrise von Umwelt und Entwicklung sollte angegangen und durch die nach dem Ende der Blockkonfrontation erhoffte „Friedensdividende“ politisch und finanziell unterstützt werden. Mit der Veröffentlichung des sog. „Brundtland-Reports“ der *World Commission on Environment and Development* (deutsch: Hauff 1987) war bereits ein wichtiger Bezugspunkt gesetzt, welcher mit der mit der 1992 in Rio de Janeiro durchgeführten *United Nations Conference on Environment and Development* (UNCED) institutionalisiert werden sollte: International mit der Klimarahmenkonvention (FCCC) und jener zu biologischer Vielfalt (CBD; zwei seit Ende 1993 völkerrechtlich verbindliche Abkommen), national und lokal mit der nicht rechtlich bindenden Agenda 21. Insbesondere für jüngere Menschen sollte der Begriff und die damit verknüpften normativen Vorstellungen einer weltweit gerechten und die ökologische Krisen zumindest nicht weiter verschärfenden Welt attraktiv sein. Auch in der politischen Bildung wurde nachhaltige Entwicklung bedeutsamer und zentral für die Konzepte „Globalen Lernens“. Letzteres bekam wesentliche Impulse aus der Entwicklungspädagogik und versuchte, die relativ Fixierung auf die „eigenen“ nationalstaatlichen Verhältnisse zu überwinden (vgl. etwa Seitz 2002). Ein wichtiger Einschnitt für die bundesdeutsche Diskussion war die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“, die im Auftrag des Bundes für Umwelt- und Naturschutz in Deutschland (BUND) und der katholischen Entwicklungsorganisation Misereor vom Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt und Energie erstellt und breit rezipiert wurde (BUND/Misereor 1996). Gesellschaftliche Lernprozesse sollten über eine drastische Zeitdiagnose wie auch über attraktive Vorschläge (sog. Leitbilder) angestoßen werden.

Doch offensichtlich haben sich die hohen Erwartungen nicht erfüllt. Schon auf der „Rio plus 5“-Konferenz im Jahr 1997 in New York stellte sich Skepsis ein, und die „Rio plus 10“-Konferenz im Jahr 2002 in Johannesburg konnte nur noch von Berufsoptimisten wie UNO-

Generalsekretär Kofi Annan gutgeredet werden. Auch die vielfach initiierten Prozesse „lokaler Agenda“ erwiesen sich meist eher als P.R.-taugliches Beiprogramm. In Frankfurt/M. beispielsweise wurde die ohnehin notwendige Aufforstung von Wald am Flughafen zum „Agenda-Wald“ deklariert und ein umweltfreundliches Modellbüro der Presse vorgestellt. Interessierten BeobachterInnen oder engagierten TeilnehmerInnen des Prozesses wurde schnell deutlich, dass sich zentrale Bestandteile des mit dem Begriff herausgebildeten Verständnisses zu wenig mit den dominanten gesellschaftlichen Entwicklungen auseinander setzten.

So wurde zu Recht kritisiert, dass der Brundtland-Bericht, die Studie Zukunftsfähiges Deutschland und die meisten anderen wichtigen Beiträge sich weder den Ursachen der sozial-ökologischen Krisen widmeten noch Macht- und Herrschaftsfragen sowie den perspektivischen Umgang damit thematisierten. Der dramatischen Zeitdiagnose standen gradualistische, mit kooperativen Politikvorstellungen verbundene und die bestehenden gesellschaftlichen Institutionen kaum hinterfragende Vorschläge gegenüber. Als „Lösung“ oder zumindest gangbarer Weg wurde – gepaart mit recht abstrakten Vorstellungen eines „Weltethos“ - eine „ökologische Modernisierung“ angeboten, die über „Effizienzrevolutionen“ (mit Metaphern wie „Faktor 4“ oder „Faktor 10“) das produktivistische Modell sozial-ökologisch wenden wollte.<sup>1</sup> Und gerade in der deutschsprachigen Diskussion wurde immer deutlicher, dass der Begriff der nachhaltigen Entwicklung umweltpolitisch konotiert wurde, Fragen von Entwicklung, des Nord-Süd-Verhältnisses und globaler Gerechtigkeit jedoch immer stärker in den Hintergrund traten.

Nun konnte man diesen und anderen Beiträgen zugute halten, dass sie eher die Funktion von *entry points* in eine umfassendere Debatte haben sollten. Doch sie führten in entscheidenden Fragen auf eine falsche Fährte, denn sie ignorierten den an Dynamik gewinnenden neoliberalen Transformationsprozess. Entscheidend für das relative Scheitern nachhaltiger Perspektiven dürfte nämlich sein, dass sich Vorstellungen gesellschaftlicher Entwicklung wesentlich verändert haben. Eine auf „Globalisierung“ setzende Politik ist zur richtungsweisenden Koordinate geworden, zu der sich alles andere in Bezug setzen muss, auch die Nachhaltigkeit. Oder wie es UNO-Generalsekretär Kofi Annan in seiner Zukunftsvision für die Johannesburg-Konferenz vor zwei Jahren formulierte: „Making globalization work for sustainable development and to jump start implementation efforts.“

---

<sup>1</sup> Und nicht umsonst spielte ein anderer Vorschlag der BUND/Misereor-Studie, nämlich die Frage nach der Suffizienz, dem „was ist genug?“ in der Diskussion kaum eine Rolle – geschweige denn in institutionellen Praxen.

(Annan 2001) Andere folgen ihm dabei, indem sie ausgerechnet die transnational agierenden Konzerne und die zentralen Institutionen neoliberaler Globalisierung als wichtigste Verbündete im Kampf gegen globale Umweltveränderungen wie gegen die Armut in der Welt anempfehlen: „Die Welthandelsorganisation (WTO), die Weltbank und der Internationale Währungsfonds versuchen in wachsendem Umfang, sich für Umweltschutz und Armutsbekämpfung einzusetzen. Multinationale Unternehmen und Allianzen der globalen Zivilgesellschaft betreiben eine immer energischere Debatte dazu. Der Johannesburg-Gipfel kann diese Akteure in den Dienst nehmen und sich auf Wege konzentrieren, auf denen die Globalisierung nutzbar gemacht werden kann für die Bedürfnisse der Armen und Marginalisierten ....“ (IIED 2001) Diese Umorientierung hat jedoch Konsequenzen für den Umgang mit globalen Gerechtigkeits- und ökologischen Problemlagen. Auch in gesellschaftskritischen Diskussionen wurde weiterhin an dem normativ positiv besetzten Begriff festgehalten. Christoph Spehr und Armin Stickler kritisierten das zu Recht: „Ein Großteil der Faszination, die der Nachhaltigkeitsdiskurs auch im linken Lager ausübt, gründet sich auf seinem Ruf, ein Gegendiskurs zu „Globalisierung“ zu sein. Dies ist jedoch ein Irrtum. Nachhaltigkeit ist kein Rivale der Globalisierung, sondern ihr Partner. Beide sind Teil eines umfassenden Diskurswechsels, der das politische Terrain nach dem Zusammenbruch des Entwicklungsdiskurses neu organisiert.“ (Spehr/Stickler 1997: 217; zu den Spannungen von Globalisierung und Nachhaltigkeit vgl. auch Braunmühl/Winterfeld 2003, 4. Kap.)

### **Postfordistische Naturverhältnisse**

Aus dem Auge gerät dabei der Zusammenhang zwischen ökologischer Problematik und gesellschaftlichen Umstrukturierungen, die als *Übergang vom Fordismus zum Postfordismus* begriffen werden können und die sowohl die innergesellschaftlichen wie auch die internationalen Strukturmuster erheblich verändert haben. Die ökologische Krise war, symbolisch wie materiell, eng mit der Krise des Fordismus verbunden. Auf der einen Seite war das fordistisch-fossilistische Wohlstandsmodell der 50er und 60er Jahre in den nördlichen Industriegesellschaften auf materiell-stofflicher Seite maßgeblich verantwortlich für die enorme Ausweitung des Ressourcenverbrauchs und die Überlastung der Umwelt durch Schadstoffe. Auf der anderen, symbolischen Seite thematisierten soziale Bewegungen und Intellektuelle die ökologische Krise als eine gesellschaftliche Krise, d. h. es wurden die sozialen Ursachen der Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse zu benennen versucht. Doch diese Konstellation geriet in den 80er Jahren immer stärker unter den Sog des neoliberalen

Umbaus der Gesellschaft. Die zentrale Strategie zur Durchsetzung des postfordistischen Kapitalismus war die neoliberale Orientierung der Gesellschaft an den Imperativen der Effizienz und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Auch staatliche Politik wurde immer stärker daran ausgerichtet. Ein weiterer Punkt kommt hinzu. Seit den 90er Jahren hat die Entwicklung neuer Technologien, insbesondere die Informations- und Kommunikationstechnologien sowie die neueren Bio- und Gentechnologien auch auf ökonomisch-technischer Ebene zur Herausbildung veränderter, „postfordistischer Naturverhältnisse“ beigetragen (Görg/Brand 2003).<sup>2</sup> Mit dem immer stärker werdenden, von machtvollen Interessen gesetzten Imperativ internationaler Wettbewerbsfähigkeit wird der Umgang mit Natur als Ressource bzw. deren Inwertsetzung zunehmend stärker den Rentabilitätskalkülen des Kapitals unterworfen (vgl. auch die bis heute lesenswerte Studie von Altvater 1992). Um keine Missverständnisse zu erzeugen: Die sich herausbildenden Formen der Naturaneignung (insbesondere die neuen Biotechnologien) ersetzen die fordistischen nicht; so bleibt das Erdöl auch heute eine zentrale Ressource mit all ihren ökonomischen, geopolitischen und ökologischen Implikationen.

Im Postfordismus kommt es zu einer neuen Grenzziehungen zwischen Politik und Ökonomie. Diese Entwicklung wird in den Sozialwissenschaften oft als Erosion des Nationalstaats missverstanden. Tatsächlich reduziert sich an manchen Punkten die Steuerungsfähigkeit des Nationalstaats und seine Souveränität über ein bestimmtes Territorium (die es auch vorher nicht vollständig gab). Aber er verschwindet dabei nicht einfach, sondern transformiert sich in Richtung des stärker den globalen Konkurrenzbedingungen unterworfenen *nationalen Wettbewerbsstaats* und gleichzeitig in Richtung einer *Internationalisierung des Staates* (Hirsch 2000; Brand u. a. 2001; Brand/Görg 2003). Auch auf internationaler Ebene geht es in zunehmendem Masse um die Absicherung der bürgerlichen Rechts- und Eigentumsordnung. Dies betrifft gerade die internationale Umweltpolitik.

---

<sup>2</sup> Mit dem Terminus „gesellschaftliche Naturverhältnisse“ (vgl. ausführlich Görg 1999) meine ich in Anlehnung an das Frankfurter Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) die divergierenden Formen, in denen Gesellschaften in verschiedenen Bereichen ihr Verhältnis zur Natur kulturell symbolisieren und zugleich sozial und materiell regulieren. Die historisch konkrete Gestalt gesellschaftlicher Naturverhältnisse wird durch die gesellschaftlichen Produktions- und Konsumprozesse strukturiert und durch soziale Wahrnehmungen und Deutungen hegemonial definiert. Dabei handelt es sich jedoch nicht um einen beliebig konstruierbaren stofflich-energetischen Zusammenhang. Sogenannte ökologische Probleme setzen sich also im Kern aus einer Verschränkung von machtförmig bestimmten materiell-stofflichen Transformationen menschlicher Produktions- und Konsumprozesse einerseits sowie machtförmig strukturierten Prozessen der Wahrnehmung und Deutung dieser Prozesse zusammen. Ihnen liegen vom lokalen bis zum globalen Maßstab in erster Linie soziale Ausbeutungsprozesse, Eigentumsverhältnisse sowie Macht-, Klassen- und Geschlechterstrukturen zugrunde.

Bezogen auf *ökologische Problemlagen* hat sich der postfordistische Kapitalismus zwar in gewisser Weise durchaus auf diese eingestellt, jedoch nicht im Sinne einer erfolgreichen Bearbeitung der materiellen Dimensionen der ökologischen Krise. Vielmehr haben vor allem *Strategien ökologischer Modernisierung* Aussicht auf Erfolg, die entweder auch die Kosten senken helfen oder ein neues Absatzfeld für neue Technologien etc. eröffnen. Es dominiert die *Suche nach technischer Effizienz*. Dahinter ist einerseits ein erheblicher Steuerungsoptimismus zu erkennen, der glaubt, die Probleme auf dem Wege einer Optimierung des Stoffdurchsatzes bearbeiten zu können. Und andererseits steckt darin ein technokratisches Verständnis sowohl der Probleme als auch ihrer Bearbeitungsstrategien. Probleme werden als prinzipiell machbar angesehen und pragmatische Managementstrategien unter Ausblendung ihrer herrschaftsförmigen Implikationen bevorzugt. Im Zuge der Globalisierungsdiskussion sind die ökologischen Voraussetzungen und Folgen kapitalistischen Wirtschaftens noch stärker in den Hintergrund gerückt. Zusammen mit Christoph Görg habe ich das als „selektive Bearbeitung“ der sozial-ökologischen Krise bezeichnet. Nicht mehr die Perspektive einer grundlegenden Transformation der Gesellschaft, sondern Effizienz und Standortsicherung prägen nun Umweltschutz-Diskurse und –Praxen sowie Handlungshorizonte.

Im Hinblick auf die *Nord-Süd-Problematik* lässt sich eine ähnliche Entwicklung beobachten. Auch hier werden unter dem Deckmantel nachhaltiger Entwicklung oftmals ganz andere Prozesse vorangetrieben. Der Prozess der neoliberalen Globalisierung bedeutet zuvorderst, dass nicht nur Kapitale, sondern auch („Stand-“)Orte und (lohnabhängige) Menschen stärker in Konkurrenz zueinander gesetzt werden, um soziale und ökonomische Effizienz zu erhöhen und damit die Verwertungsbedingungen von Kapital zu verbessern (vgl. dazu etwa Hirsch 1995; Huffs Schmid 2002; aus feministischer Perspektive Wichterich 1998). Auf der institutionellen Ebene lässt sich der Stellenwert von Nachhaltigkeit im Prozess neoliberaler Globalisierung am Verhältnis zwischen den internationalen Umweltabkommen und anderen internationalen Vertragswerken und Institutionen deutlich machen. Zugespitzt formuliert ist das wichtigste Abkommen der 90er Jahre, das die gesellschaftlichen Naturverhältnisse tiefgreifend transformiert, weder die CBD noch die FCCC, sondern die Welthandelsorganisation (WTO). Dies hat damit zu tun, dass gerade die Nichtbeachtung umweltpolitischer wie sozialer Belange in den wichtigsten internationalen Institution sehr weitreichende Folgen hat. Die „Liberalisierung des Welthandels“ hat nicht nur direkte, ökologische wie soziale Folgen, bspw. in der Erhöhung der Güterströme oder dem Eingriff in die nationale Umwelt-, Sozial- und Gesundheitspolitik. Darüber hinaus geht es auf dem

Gebiet der Umweltpolitik oftmals auch um die Durchsetzung neuer Technologien und den dazu gehörenden politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen. Am bekanntesten sind hier die Beispiele der Gentechnologie im Umgang mit der biologischen Vielfalt bzw. mit genetischen Ressourcen sowie die ökonomischen Instrumente zum Klimaschutz. Die umwelt- und entwicklungspolitischen Institutionen i. e. S. sind längst nicht mehr Sammelbecken progressiver Interessen.<sup>3</sup>

### **Nachhaltigkeit und „Neue Weltordnung“**

Wie bereit 1992 liegt auch heute ein Schatten über den Bemühungen, kooperativ aus den umwelt- und entwicklungspolitischen Sackgassen herauszukommen. Wurde das Datum „1989“ noch mit den Chancen einer Suche nach neuen Politikformen verbunden, so wurde der Vorbereitungsprozess der UNCED zu Beginn der 90er Jahre von einem anderen Ereignis deutlich überlagert. Denn der Einmarsch der irakischen Armee in Kuwait im Sommer 1990 und die militärische Antwort der USA bzw. der NATO darauf im Januar / Februar 1991 waren eine weltpolitisch entscheidende Zäsur. Der damalige US-Präsident George Bush proklamierte im Januar 1991 eine „Neue Weltordnung“. Nicht Kooperation und die gemeinsame Suche nach Wegen zur Lösung der „Weltprobleme“, sondern die gegebenenfalls militärische Absicherung der dominanten Interessen stand im Zentrum dieser Politik.

Der 11. September, das ist heute bereits absehbar, wird nicht nur auf der militärisch-politischen Ebene einen weitergehenden Einschnitt als der zweite Golfkrieg 1991 bedeuten, sondern auch auf der ideologischen. Denn mehr und mehr wird deutlich, dass die Versuche einer Verrechtlichung der internationalen Beziehungen wieder zugunsten der Interessen dominanter Staaten untergraben werden. Und dies hat Konsequenzen für alle Ansätze globaler Reformen wie für kritisch-emanzipatives Handeln und damit auch für eine Politik, welche die einst formulierten Ansprüchen nachhaltiger Entwicklung ernst nehmen will.

Wir haben es auf den ersten Blick mit einer Rückkehr in eine Ordnung zu tun, in der jeder Staat, solange er nur über entsprechende Macht verfügt, die Gewaltmittel einsetzen kann, die

---

<sup>3</sup> Am Beispiel der *Konvention über die biologischen Vielfalt* (CBD) lassen sich die Konsequenzen gut verdeutlichen (vgl. dazu umfassender: Görg / Brand 2003). Während in der öffentlichen Diskussion die Auffassung vorherrscht, dass es dabei um umweltpolitische Maßnahmen geht, die den Verlust der Biodiversität stoppen oder verlangsamen sollen, zielen die staatlichen Maßnahmen und die internationalen Abkommen noch auf etwas anderes. Im Ganzen dienen sie der institutionellen Verregelung des Umgangs mit genetischen Ressourcen, von der Sicherheit im Umgang mit gentechnisch-modifizierten Organismen bis zur Etablierung eines Regimes zur Verteilung von Verfügungsrechten. Dabei geht es zuvorderst um die Regelung der Zugangs- und der mehr oder weniger exklusiven Nutzungsrechte an genetischen Ressourcen (inklusive der Rechte ihrer Patentierung). Sie treiben damit eine Ökonomisierung der Natur voran.

ihm zur Verfolgung seiner Absichten opportun erscheinen. Insofern ist das „Ende der Westfälischen Ordnung“ auch nicht mit einem „Ende des Nationalstaats“ zu verwechseln. Denn die reale Souveränität von Staaten war schon immer ungleich verteilt. Und diese Machtungleichgewichte haben sich nicht nur weiter verstärkt - auch das Gegengewicht einer Verrechtlichung der Beziehungen wird zunehmend in den Hintergrund gedrängt. Unter Berufung auf nationale Sicherheitsinteressen werden grundlegende menschen- und völkerrechtliche Standards wie etwa die Genfer Konvention oder das Verbot der Vereinten Nationen eines Angriffskriegs missachtet und immer mehr als bindende Normen desavouiert (vgl. zur expliziten Begründung von Machtpolitik aus Sicht der US-Regierung Barnett 2003; Kagan 2002; zur Kritik Steffens 2003).

Diese Entwicklung strukturiert nicht nur zentral die politischen, ideologischen und ökonomischen Nord-Süd-Verhältnisse, sondern lässt auch den Umgang mit ökologischen Problemlagen nicht unberührt. Ökologische Sicherheit ist zu einem neuen Schlagwort geworden, bei dem ökologische Problemlagen für den Sicherheitsdiskurs funktionalisiert und militärische und ökologische Überwachungssysteme miteinander verquickt werden (vgl. Ayselrad 2002). Wenn die Naturverhältnisse ein Aspekt in den Machtbeziehungen zwischen Staaten und Regionen sind, dann ist es nur folgerichtig, auch Umweltprobleme verstärkt unter dem Blickwinkel nationaler Interessen und nationaler Sicherheit zu re-interpretieren. Zugespitzt ließe sich feststellen, dass in den Zeiten „nachhaltiger Globalisierung“ (zum Begriff siehe unten) die machtgestützte und notfalls militärische Absicherung der nationalen Interessen ein vielleicht sogar zunehmend bedeutender Faktor in der Kontrolle über die Naturverhältnisse werden könnte – und nicht mehr die Suche nach kooperativen Bearbeitungsformen (wie unzureichend diese auch waren).<sup>4</sup>

Vor dem Hintergrund der „Neuen Weltordnung“ wie der sich verändernden Formen der Naturaneignung muss gleichwohl daran erinnert werden, dass die Richtung der weiteren Entwicklung erst durch soziale Konflikte auf verschiedenen Ebenen entschieden wird. Und

---

<sup>4</sup> Nur am Rande sei erwähnt, dass ich die immer wieder vorgenommene Gegenüberstellung eines als positiv erachteten und angeblich von Europa vorangetriebenen Multilateralismus und eines von den USA vorangetriebenen Uni- oder Bilateralismus für eine problematische Denkfigur und eine unzulässige Verallgemeinerung der Debatten um den Irakkrieg halte. Nicht nur ist Deutschland das Land mit den weltweit meisten bilateralen Investitionsabkommen, wichtig ist vielmehr, dass alle mächtigen Staaten(blöcke) versuchen, ihre Interessen bi- und multilateral zu verfolgen, um situativ und bei sich verändernden Kräfterelationen unterschiedliche Optionen zu haben. Die aktuellen Konflikte innerhalb der Welthandelsorganisation machen deutlich, dass auch multilaterale Foren immens machtförmig strukturiert sind. Auch die US-Regierung arbeitet in sehr vielen Bereichen weiterhin in multilateralen Prozessen. Wichtig wäre es daher, die Debatte um Bi- und Multilateralismus näher an die realen Entwicklungen zu koppeln. und zu entziffern, inwieweit in der Drohung des Bilateralismus selbst Erpressungspotenziale liegen.

hierbei spielt der Begriff der nachhaltigen Entwicklung eine wichtige Rolle. Er stellt in gewisser Weise eine *Kompromissformel* dar, in der sich sehr unterschiedliche und z.T. gegensätzliche Interessen wiederfinden. Wenn immer wieder herausgestellt wurde, dass sein genauer Gehalt unklar oder schwammig bleibe, dann ist die Schwammigkeit des Begriffs gerade seine Stärke (Leff 2002). Die sich zuspitzende Entwicklungs- und Umweltkrise auf der materialen wie auch auf der politisch-diskursiven Ebene machte es notwendig, eine Formel zu finden, mittels derer sozial-ökologische Kompromisse zwischen Akteuren organisiert werden konnten, die divergierende und teilweise antagonistische Interessen hatten. Von daher ist es nur konsequent, dass im Zentrum dieses Leitbilds der Gedanke der Kooperation steht und dass Konkurrenzverhältnisse ausgeblendet oder zumindest als überwindbar dargestellt werden. Denn wenn das Problem der Konkurrenz ernst genommen würde, müsste man sich stärker mit der in den Diskussionen nicht hinterfragten ökonomischen Sphäre und den globalen Machtverhältnisse auseinandersetzen, als dies bisher der Fall ist. Entscheidend ist letztlich, wie genau der Begriff operationalisiert und durch welche Rahmungen die öffentliche Debatte strukturiert wird, wie die Prioritäten gesetzt werden und welche Aspekte dabei berücksichtigt werden und welche nicht. So wurde „im Norden“ zunehmend von der Entwicklungsproblematik abgesehen bzw. diese von der Forderung nach gerechteren Bedingungen im Nord-Süd-Verhältnis hin zur notwendigen Ermöglichung „nachhaltigen Wachstums“ für alle Länder umgedeutet.

### **Zwischen ökologischer Realpolitik, Desinteresse, normativen Vorstellungen und Katastrophismus**

Was sind nun wichtige Perspektiven, um mit den skizzierten Problemen umzugehen? Wie gesagt, die „ökologische Krise“ wird zwar nicht erfolgreich bearbeitet, aber zumindest hat sich in den nordwestlichen Gesellschaften ein Wissen etabliert, das die selektive Bearbeitung durch ökologische Modernisierung ein gangbarer Weg sei. Damit wird Umweltpolitik zum Teil des „nationalen Wettbewerbsstaates“ und der „Internationalisierung des Staates“. Ansonsten ist das Umweltthema als solches auf politischen Agenden und in der Öffentlichkeit weit nach hinten gerückt, es hat sich außerhalb der Futter- und Lebensmittelskandale Desinteresse breit gemacht. Selbst der LKW-Maut wird zum Ärgernis, bei dem sozial-ökologische Fragen ausgeblendet bleiben. Die professionell damit Befassten huldigen einer „ökologischen Realpolitik“, Max Webers Politikvorstellung des Bohrens dicker Bretter



durchaus zu Recht vertretend, ansonsten wollen sie nicht allzu gerne an die übergreifenden neoliberalen, militaristischen und nicht-nachhaltigen Dynamiken erinnert werden.

David Held und Jürgen Habermas sind zwei der pointiertesten Vertreter normativer Politikvorstellungen. Die zunehmend über die Nationalstaaten hinausgehenden – zuvorderst als ökonomisch begriffenen - Prozesse müssten ergänzt werden durch Formen „kosmopolitischen Demokratie“. Hier spielen die Entwicklung transnationaler Öffentlichkeit und repräsentativer politischer Institutionen eine wichtige Rolle. Wenngleich hier zentrale Elemente einer anderen Globalisierung angesprochen werden und den Vertretern dieser Position klar sein dürfte, dass sie kontrafaktisch argumentieren, bleiben wichtige Aspekte der dominanten Entwicklungen abgeschattet. Insbesondere die Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse hin zu weltmarktorientiertem Kapital und Geldvermögensbesitzern sowie die wenig kosmopolitischen Konkurrenzverhältnisse finden in den breit diskutierten Vorschlägen wenig Beachtung.

Eine andere Umgangsweise, die sich im Kontext der neuen sozialen Bewegungen in den 80er Jahren herausbildete, kann als moralisierend und katastrophistisch bezeichnet werden. „Die“ (Welt-)Gesellschaft rennt auf den Abgrund zu, es bedarf der drastischen Warnungen, des Aufrüttelns. Der „Gattung“ drohe der „ökologische Kollaps“. Doch letztendlich bleibt diese Position über das eigene politisch korrekte Verhalten hinaus hilflos, denn sie verpasst drei Punkte: dass die konkreten historischen Formen von Naturaneignung untrennbar von Macht und Herrschaft sind; dass sich Gesellschaften entlang an neoliberalen Veränderungen durchaus auf Krisenaspekte einzustellen vermag. Und zudem unterschätzt diese Position die Deutungskämpfe um die sozial-ökologische Krise, d.h. die komplexen und machtförmigen Prozesse, was denn überhaupt warum zum „Umweltproblem“ wird. Die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ ist dafür ein Beispiel, da sie sich nicht auf Machtfragen einlässt, sondern über Leitbilder aktuelle Zukunftsentwürfe skizzieren möchte. Zudem sollen durch Appelle die herrschenden Kräfte zur Einsicht gebracht werden. Die Ursachen der Krise wie auch historische Erfahrungen und Auseinandersetzungen bleiben ausgeblendet (vgl. Eblinghaus/Stickler 1996; Armbrorst/Brand 1996).

Hinsichtlich der Frage globaler Gerechtigkeit hat sich in den letzten Jahren – und verstärkt nach dem 11. September 2001 – ein Modus durchgesetzt, welcher im Nord-Süd-Verhältnis die Legitimität von Gewalt betont. Dies wird ideologisch abgesichert durch die Teilung der Welt entlang der Kategorien „modern/traditionell“ oder – martialisch gewendet – „gut/böse“.

Thomas Barnett (2003) bringt es auf den Punkt, wenn er die Welt in „Kern“ und „Lücken“ einteilt, die durch Zwischengebiete verbunden sind. Aufgabe der USA ist zuvorderst die Identifikation potentiell gefährlich werdender „Lücken“, d.h. einer „Liste möglicher Interventionen“, dazu gehören unter anderem Brasilien und Argentinien, Kongo, Saudi-Arabien, Irak, Iran, Afghanistan, Nordkorea und Indonesien. Die „Dritte Welt“ wird zum Synonym der Schattenseiten bürgerlich-kapitalistischer (Welt-)Vergesellschaftung, aber auch als „Anderes“ des vermeintlich Modernen. Insofern ist sie nicht verschwunden, sondern präsenter denn je. Es gibt ein diffuses gesellschaftliches Wissen um dieses Andere, das metropolitane Kompromisse und wohlstandschauvinistische Orientierungen absichert. Der Terminus „Dritte Welt“, seiner kämpferischen anti-kolonialen Konnotation entledigt und vielfach karitativ aufgeladen, erinnert an etwas Negiertes des metropolitanen postfordistischen Kapitalismus. Migration, für immer mehr Menschen kein vorübergehender Zustand, sondern Lebensweise, nimmt nicht nur dramatisch zu, sondern hat in der genannten Konstellation einen zentralen Stellenwert. Die Süd-Nord-MigrantInnen dienen als diffuser Beweis, dass die Verhältnisse in den Metropolen immer noch besser sind – und ggf. mit allen Mitteln verteidigt werden müssen. Wenn der Konkurrenzimperativ die eigenen Lebensverhältnisse zwar prekarisiert, aber immer noch annehmlicher lässt als im „Chaos“ zu leben, dann reicht es, ein paar Brosamen abzugeben.<sup>5</sup>

### **Neue Dynamiken: Globalisierungskritik**

Relativ unabhängig von der Debatte um Nachhaltigkeit hat sich in den letzten Jahren die praktische und theoretische Kritik am neoliberal-militaristischen Kapitalismus verstärkt. Stichworte wie „Seattle“ „Genua“ und „Porto Alegre“ stehen für vielfältige Proteste, bei denen es um negative Auswüchse der neoliberalen Globalisierung sowie die Aufwertung von Gewalt als vermeintlich angemessenes Mittel zur Konfliktbearbeitung geht. Dabei kam es zu einer Politisierung des Globalisierungsbegriffs: Der damit benannte Prozess, seine für viele Menschen katastrophalen Wirkungen und die damit verbundenen Interessen werden nicht mehr als hinzunehmende „Risiken“ oder zu behebende Begleiterscheinungen verstanden, sondern immer stärker als immanente Bestandteile der gesellschaftlichen Veränderungen und als Folge sozialer Kämpfe.

---

<sup>5</sup> In Teilen des linken wie des öko-konservativen Spektrums hält sich eine Perspektive der Versöhnung von Gesellschaft und Natur. Sie ist mit Verweisen auf subsistente Produktions- und Lebensformen sehr konkret, teilweise romantisierend und dichotomisch (hier und dort), abstrahiert jedoch von gesellschaftlichen Dynamiken. Gesellschaftspolitisch ist diese Position weniger relevant.

Gerade auf lokaler und nationaler Ebene bleiben die skizzierten dominanten Trends „nachhaltiger Entwicklung“ keineswegs unwidersprochen. Die sich zuspitzenden Widersprüche (deren bloße Existenz erst einmal nichts heißt) werden von dieser heterogenen Bewegung politisiert. Die seit Seattle immer offenkundigere Globalisierungskritik ist auch eine Zurückweisung der Idee, „Weltprobleme“ ließen sich von oben, durch Experten und kooperativ lösen. Der mit der UNCED erstmals derart breit propagierte Politiktypus der „globalen Runden Tische“ (an denen auch und gerne viele NGOs saßen) und die damit einhergehende Delegitimierung konfrontativer Politikansätze wird von der internationalen Protestbewegung – was immer bedeutet: von vielen verschiedenen Bewegungen und Organisationen auf nationaler und lokaler Ebene – gründlich in Frage gestellt (vgl. zu den globalen sozialen Bewegungen etwa Brand/Wissen 2002; die Broschüren iz3w 2001; iz3w/BUKO 2002).

Die größte Gefahr für die Bewegung dürfte in nächster Zeit von der Metapher der *nachhaltigen Globalisierung* ausgehen. Natürlich nicht von dem Begriff selbst, sondern von dem damit transportierten Verständnis.

Die neoliberale Globalisierung hat sich durchgesetzt – und zwar nicht kooperativ, sondern vor allem konfliktiv „von oben“ und mit aktiver oder zumindest passiver Akzeptanz großer Teile der globalen Mittelklassen. Letzteres zu negieren, also die Durchsetzung auf Kapital- und Regierungsinteressen zu reduzieren, wäre analytisch verengt und politisch falsch. Ernst zu nehmen wäre die Erfahrung, dass die „zivilgesellschaftlichen“ Politikvorstellungen des Rio-Prozesses mit ihrer Implikation, dass mit Kooperation, alternativer Expertise und dem Appell an die aufgeklärten Eigeninteressen in Wirtschaft und Politik das Leitbild durchgesetzt werden könnte, gemessen an den eigenen Ansprüchen gescheitert sind. Oft genug dienten sie eher der Legitimation der „großen“ Entscheidungen von Regierungen, Unternehmen und Medien. Diese konnten die ihnen genehmen Aspekte von Kritik herauspicken und sich auf diese Weise auch noch selbst legitimieren.

Heute jedoch zu meinen, dass dieser ungleich machtvollere Prozess wiederum mit Kooperation, Expertise und dem Appell an Einsichtsfähigkeit zu stoppen sei, ist bestenfalls naiv. Diesem Glauben nicht aufzusitzen, das ist einer der wichtigsten Beiträge der aktuellen globalisierungskritischen Bewegung. Und dies sollte nicht mit einer neuen Runde der „Hofferei“ (Wolf-Dieter Narr) im sog. Johannesburg-Prozess verschenkt werden. „Nachhaltige Globalisierung“ – das könnte zum ideologischen Kitt des neoliberalen Scherbenhaufens werden. Eine wichtige Frage wird in Zukunft sein, ob die herrschenden

politischen Institutionen und Akteure in der Lage sind, die sich gegenwärtig artikulierende Kritiken symbolisch aufzunehmen, ansonsten aber wenig zu ändern. Oder ob gesellschaftliche (Kräfte-)Verhältnisse derart verschoben werden können, dass das neoliberal-militaristische Modell wirklich verändert werden muss.

Wichtig wäre daher in der öffentlichen Auseinandersetzung und in „kleinteiligen“ institutionellen und alltäglichen Praxen, den Glauben an die technokratischen Allheilmittel und das „Management“ von Problemen infrage zu stellen. Selbstbestimmung, Menschenwürde und die Befriedigung elementarer Bedürfnisse werden nicht durch Effizienzdenken und Managerismus erreicht. Dagegen gilt es kritische Praxen zu stärken. Ob und wie diese sich auf die Formel der „nachhaltigen Entwicklung“ beziehen, ist zunächst zweitrangig. Wichtiger scheint dagegen zu sein, wie konkrete Inhalte aufgegriffen werden, wie mit sozialen Interessen umgegangen und ob eine Kritik an den herrschenden Verhältnissen, d. h. eine umfassende Herrschaftskritik mitgedacht wird. Vor allem wäre ein Glaube zu unterlaufen, der trotz und wegen allem pragmatischen Managerismus doch deren Fundament ist: der Glaube an die Unhintergebarkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse, an die Alternativlosigkeit kapitalistischer Globalisierung. Und gerade hier haben die Bewegungen der letzten Jahre die meisten Erfolge zu verzeichnen. Nicht eine „nachhaltige Globalisierung“, sondern die nachhaltige Zurückdrängung ihrer treibenden Kräfte muss das Ziel einer wirklich nachhaltigen Entwicklung sein. In diesen Auseinandersetzungen entwickeln sich bereits heute Alternativen, Reformvorschläge und Vorstellungen einer anderen, vielleicht dann „nachhaltig“ genannten Gesellschaft.

### **Bildung in der Weltgesellschaft**

Klaus Seitz hob an anderer Stelle hervor, dass es immer drängender um den „Abschied von der nationalen Schule“ gehe. Die vertrauten Konturen des politischen Gemeinwesens würden verschwimmen, die globalen Strukturen müssten gerade in ihrer Bedeutung für den sozialen Nahraum betrachtet werden. Entwicklungspolitische Bildung, Umweltlernen und interkulturelles Lernen müssten zusammengeführt werden (2002, S. 46ff.). Es komme „in einer polyzentrischen und multikulturellen Weltgesellschaft ... darauf an, die kulturelle Gebundenheit und Partikularität der eigenen Weltsicht zu erkennen, anderen Anschauungsweisen mit Achtung und Neugier zu begegnen sowie zu lernen, sich selbst „vom Anderen her“ zu denken.“ (ebd., S. 51) Allerdings ist Seitz auch skeptisch hinsichtlich des Zustands der Disziplin: „Befriedigende Antworten, welche Konsequenzen sich für die

Möglichkeit einer weltbürgerlichen Erziehung aus der neuen, abstrakten Qualität einer Solidarität unter Fremden in einer komplexen Weltgesellschaft ergeben, stehen noch aus. Höchst zweifelhaft ist weiterhin die Gepflogenheit, Schlüsselprobleme, -qualifikationen und – kompetenzen für das 21. Jahrhundert aufzulisten, ohne dass ersichtlich würde, welcher Gesellschaftsdiagnose oder informierten Bedarfsanalyse sich solche Postulate verdanken.“ (ebd., S. 55)

So anregend Seitz' Vorschlag ist, so sehr müsste er m.E in zweierlei Hinsicht erweitert werden, um ihn für ein Globales Lernen fruchtbar zu machen. Es geht zum einen nicht nur darum, Globalisierung als räumliche Erweiterung zu sehen (wie es der von Michael Zürn u.a. verwendete Begriff der „Denationalisierung“ suggeriert), sondern auch als innergesellschaftliche und alltagsweltlich relevante Verschiebung von Kräfteverhältnissen und Handlungsspielräumen: Der Prozess der neoliberalen Globalisierung schafft dem weltmarktorientierten Kapital *exit options*, was einen größeren Handlungsspielraum gegenüber Lohnabhängigen und in konkreten Konflikten mehr Macht bedeutet. Derselbe Prozess führt zu einer vom Staat vorangetriebenen Transformation desselben, der das Öffentliche systematisch abwertet zugunsten an Renditen orientierter Effizienz.

Auch eine andere Perspektive von Klaus Seitz sollte erweitert werden. Es geht heute nicht nur um die Wiederherstellung oder weltgesellschaftliche Erweiterung einer – im Sinne Habermas' - informierten Öffentlichkeit (Seitz 2002: 46). Das Problem der neoliberalen Verschiebung von „privat/öffentlich“ hat u.a. die Konsequenz, dass zentrale gesellschaftliche Bereiche gar nicht mehr als öffentliche verstanden werden und demzufolge sich Öffentlichkeit erübrigt. Besonders deutlich wird das an der Technologienentwicklung, von der allenfalls die Folgen Gegenstand öffentlicher Debatten sind. Aber auch die Investitions-, Arbeitsplatz- oder andere Entscheidungen privater und privatisierten Unternehmen muss sich keiner gesellschaftlichen Debatte stellen. Hier liegen aber Dynamiken begründet, die zur neoliberalen Gesellschaftstransformation ganz erheblich beitragen.

Beiden Problemen müsste sich eine Pädagogik des Globalen Lernen stellen. Darauf habe ich keine Antwort und möchte daher lediglich – bezogen auf mein Thema - zwei Richtungen skizzieren, die m.E. wichtig sind. Nachhaltigkeit bzw. nachhaltige Entwicklung sind weiterhin positiv konotierte Begriffe, denn sie implizieren auf einer recht abstrakten Ebene normativen Ansprüche. Dies ist eine wichtige Bedingung für eine kritische Pädagogik, die Globalisierung zuvorderst als Verschiebung von Horizonten und gesellschaftlichen Machtverhältnissen versteht. Denn das Neue liegt neben den politischen und ökonomischen

Dynamiken heute darin, dass es ein wachsendes Bewußtsein globaler Interdependenzen gibt. Dieser Sachverhalt wäre m.E. kritisch zu wenden. Ausgangspunkte könnten die *Ursachen nicht-nachhaltiger Dynamiken* sowie ihre in Auseinandersetzungen immer wieder aufscheinenden *Brüche* Ausgangspunkte einer Pädagogik der Nachhaltigkeit (wenn der Begriff überhaupt Sinn macht).

Ein zentrales Kriterium der Nicht-Nachhaltigkeit könnte die systematische Negierung dessen sein, was bis weit in die Gesellschaft hinein als abstrakte Norm Konsens ist: weltweite Gerechtigkeit und eine nicht die langfristigen Lebensgrundlagen zerstörende Produktions- und Konsumweise gehören heute zum *common sense*. In institutionellen und Alltagspraxen wie auch in den konkreten gesellschaftlichen Orientierungen werden diese permanent unterlaufen. Warum das so ist, wäre ein Ausgangspunkt kritischer Pädagogik. Anhaltspunkte habe ich in den vorliegenden Beitrag zu entwickeln versucht. Aus einer solchen Perspektive kann die letztlich hilflose Moralisierung genauso umgangen werden wie das Gefühl von Ohnmacht oder schlecht-abstrakte Versöhnungswünsche von Mensch/Gesellschaft und Natur, können Alltagsverhalten mit institutionellen Praxen, asymmetrischen gesellschaftlichen Interessen und strukturellen Dynamiken verknüpft werden. Inwieweit hängen Produktions- und Konsumnormen miteinander zusammen? Welche Rolle spielen Akkumulationsimperative, der blinde – von den je konkreten Produktionsbedingungen abstrahierende – Markt? Inwieweit sind Menschen selbst in spezifische Praxen eingebunden und welche Handlungsspielräume gibt es überhaupt?<sup>6</sup> So etwa der ungeheuer komplexe, aber lebensweltlich bedeutende Zusammenhang von Produktion (zunehmend organisiert entlang internationaler Wertschöpfungsketten) und Konsum (und seine Orientierung an „Preis-Leistungsrelationen“, in denen die sozial-ökologischen Bedingungen der Produktion und Distribution verschwinden). Gerade hier können Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Es geht also neben einer „Hinführung zu einem Denken und Handeln im Welthorizont“ sowie der Befähigung und Ermutigung „an der Gestaltung der Weltgesellschaft sachkundig und verantwortungsbewusst teilzuhaben“ (Seitz 2002, S. 51, S. 50) auch darum, die historisch-konkrete Interessengebundenheit und Konfliktivität herrschender Entwicklungen zu vermitteln und darin Denk- und Handlungsräume zu erschließen.

Ein zweiter Aspekt wäre eine Perspektive, welche die notwendig nicht-geschlossenen, immer widersprüchlichen und umkämpften Verhältnisse, also die (potenziellen) Brüche von (Welt-

---

<sup>6</sup> Die in vielen Beiträgen zu Nachhaltigkeit, vielleicht sogar unabsichtlich, eingenommene paternalistisch-technokratische Perspektive, derzufolge die Bearbeitung der sozial-ökologischen Krise vor allem eine Angelegenheit von ExpertInnen ist, droht das ohnehin verbreitete Ohnmachtsgefühl zu verstärken.

)Vergesellschaftung, in den Blick nimmt. In den Masterplänen zur Nachhaltigkeit – sei es im Rahmen der UNO oder von „Zukunftsfähiges Deutschland“ – werden die bestehenden Verhältnisse als die falschen und die anzustrebenden als die attraktiven und richtigen dargestellt.<sup>7</sup> Dabei bleiben die vielen kleinen und nicht so kleinen Praxen alternativer Naturaneignung und solidarischer Praxen ausgeblendet. Es handelt sich – unzulässig auf einen Nenner gebracht – um Praxen und Kämpfe, die sich gegen die neoliberal-kapitalistische Subsummierung unter den Weltmarkt, gegen die immer weitere Kommodifizierung sozialen Lebens stellen. Beispiele sind indigene Völker in vielen Ländern, die dann nicht eine noch zu modernisierende Residualkategorie kapitalistischer Totalität darstellen, sondern Erfahrungen anderer Naturverhältnisse, die keineswegs zu romantisieren sind, aber in ihrer Eigenständigkeit und Innovationskraft zur Kenntnis genommen werden können; Beispiele sind die hierzulande noch existierenden und immer wieder geschaffenen alternativen Produktions-, Konsum- und Lebensformen, sei es in der Landwirtschaft, sei es in Städten; Beispiele sind eher politische Akteure – NGOs und soziale Bewegungen -, welche ja permanent Kritik und Vorschläge alternativer politisch-institutioneller Praxen formulieren. Gemeinsamer Bezugspunkt ist eine Repolitisierung sozialer Verhältnisse und das Aufsprengen des heute so mächtigen TINA-Prinzips (*there is no alternative*). In diesem Sinne könnte der Begriff Nachhaltigkeit bzw. nachhaltige Entwicklung auch für eine kritische Pädagogik einige Kraft entwickeln: er könnte in seiner Widersprüchlichkeit ein zentraler Bezugspunkt weltgesellschaftlicher Bildung werden.

Dies würde jedoch weniger bedeuten, eine Dichotomie zwischen Bildung als Wettbewerbsfaktor und Bildung in weltbürgerlicher Absicht zu betonen und sie in Richtung Letzterer in abstrakter Weise aufzulösen (Seitz 2002: 56). Vielmehr würde Globales Lernen hier bedeuten, sich in den Widersprüchen der neoliberalen Gesellschaft zurecht zu finden, nicht ohnmächtig zu werden und damit überhaupt die Möglichkeit zu kritischem, d.h. mündigem, solidarischen und nachhaltigen Denken und Handeln zu öffnen.

### **Literatur:**

Altwater, Elmar: Der Preis des Wohlstands. Münster 1992.

Annan, Kofi: Implementing Agenda 21. Report from the Secretary General to the ECOSOC 2001, [www.johannesburgsummit.org](http://www.johannesburgsummit.org)

---

<sup>7</sup> Hier weist Klaus Seitz völlig zu Recht darauf hin, dass viele Konzepte Globalen Lernens Gefahr laufen, einem „universellen Gemeinschaftsmythos“ Vorschub zu leisten. Und auch die Reduktion der Bildung auf einen Standortfaktor ist sicherlich gegen alle bildungspolitischen Ansprüche gerichtet.

- Armborst, Stefan/Ulrich Brand: Zukunftsfähigkeit – another round! Debatte um Nachhaltigkeit nicht auf die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ reduzieren. In: *analyse & kritik*, Nr. 386 (1996), S. 21f.
- Barnett, Thomas P.M.: Die neue Weltkarte des Pentagon. Mit einer Liste künftiger Konfliktherde und Interventionspunkte. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 5/2003, 554-564.
- Brand, Ulrich/Christoph Görg: Postfordistische Naturverhältnisse. Konflikte um genetische Ressourcen und die Internationalisierung des Staates. Münster 2003.
- Brand, Ulrich/Markus Wissen: Ambivalenzen praktischer Globalisierungskritik: Das Beispiel Attac. In: *Kurswechsel* 3, Wien 2002, S. 102-113.
- Braunmühl, Claudia von/Uta von Winterfeld: *Global Governance. Eine begriffliche Erkundung im Spannungsfeld von Nachhaltigkeit, Globalisierung und Demokratie*. Wuppertal 2003.
- BUND/Misereor (Hrsg.): *Zukunftsfähiges Deutschland*. Basel 1996.
- Eblinghaus, Helga/Armin Stickler: *Nachhaltigkeit und Macht. Zur Kritik von Sustainable Development*. Frankfurt/M. 1996.
- Görg, Christoph: *Gesellschaftliche Naturverhältnisse*. Münster 1999.
- Görg, Christoph/Ulrich Brand (Hrsg.): *Mythen globalen Umweltmanagements. „Rio + 10“ und die Sackgassen nachhaltiger Entwicklung*. Münster 2002.
- Hauff, Volker (Hrsg.): *Unsere gemeinsame Zukunft. Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung*, Greven 1987.
- Hirsch, Joachim: *Der nationale Wettbewerbsstaat*. Berlin 1995.
- Huffs Schmid, Jörg: *Internationale Finanzmärkte*. Hamburg 2002 (2. Auflage).
- IIED: *The Future is Now. For the UN World Summit on Sustainable Development, Vol.1, April*, published by the International Institute for Environment and Development, London 2001 (<http://www.iied.org>)
- iz3w – Informationszentrum Dritte Welt (Hrsg.): *Gegenverkehr. Soziale Bewegung im globalen Kapitalismus*. Freiburg 2001.
- iz3w – Informationszentrum Dritte Welt/ BUKO - Bundeskoordination Internationalismus (Hrsg.): *Wo steht die Bewegung? Eine Zwischenbilanz der Globalisierungskritik*. Freiburg 2002.
- Kagan, Robert: Was die Vereinigten Staaten und Europa auseinandertreibt. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 10/2002, S. 1194-1206.
- Leff, Enrique: Die Geopolitik nachhaltiger Entwicklung – Ökonomisierung des Klimas, Rationalisierung der Umwelt und die gesellschaftliche Wiederaneignung der Natur. In: Görg, Christoph/Ulrich Brand (Hrsg.), S. 92-117.
- SAPRI: *Weltweite Armutsproduktion statt globale Armutsbekämpfung. Zusammenfassung der Ergebnisse der Structural Adjustment Participatory Initiative*. In: *Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung*, Sonderdienst Nr. 1 – 2 / Januar 2002
- Seitz, Klaus: Lernen für ein globales Zeitalter. Zur Neuorientierung der politischen Bildung in der postnationalen Konstellation. In: Butterwegge, Christoph/Gudrun Hentges (Hrsg.): *Politische Bildung und Globalisierung*. Opladen 2002, S. 45-57.



Spehr, Christoph/Armin Stickler: Morphing Zone. Nachhaltigkeit und postmodernes Ordnungsdenken. In: Foitzik, Andreas/Athanasios Marvakis (Hrsg.), Tarzan – was nun? Internationale Solidarität im Dschungel der Widersprüche. Hamburg 1997, S. 211-225

Steffens, Gerd: Der Weltbürger als Untertan? Macht, Öffentlichkeit und politische Sozialisation in der neuen Weltpolitik. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 11/2003, S. 1333-1341.

UNEP: Global Environmental Outlook 2000, United Nations Environmental Program, London 2000.

Unmüßig, Barbara: Zwischen Nachhaltigkeitsrhetorik und Wettbewerbsfixierung. Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg. In: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, Nr. 5/Dezember 2001, S. 1 – 3.

Wichterich, Christa: Die globalisierte Frau. Berichte aus der Zukunft der Ungleichheit. Reinbek 1998.